Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek

Kiel, 28. August 2019

TOP 19: Herkunftssprachlichen Unterricht neu aufstellen (Drs. 19/1538, 19/1661)

Martin Habersaat:

Schleswig-Holstein ist bundesweit ein Nachzügler im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts

Der Antrag der Koalitionsfraktionen ist bemerkenswert. Sie fordern ihre eigene Landesregierung auf, zur Abwechslung mal ihre Arbeit zu tun, aber sie fordern sie nicht einmal auf, dem Landtag oder dem Bildungsausschuss über die Ergebnisse ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit zu berichten.

1977 wurde die oft zitierte Richtlinie der damaligen EG verabschiedet, die in vielen Bundesländern Papier geblieben ist. Schleswig-Holstein ist bundesweit ein Nachzügler im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts. Das, was in den Stadtstaaten schon längst Standard ist, steckt bei uns noch immer in rechtlich unverbindlichen Anfängen. In Hamburg zum Beispiel wird herkunftssprachlicher Unterricht nicht nur in Türkisch, sondern auch in Russisch, Polnisch, Bosnisch, Albanisch, Farsi und Dari angeboten. In Berlin sind es gleich noch ein paar Sprachen mehr. Ausweislich der Website der Landesregierung wurden 2017 bei uns nur 1.160 Schüler in Türkisch, Kroatisch, Portugiesisch, Spanisch und Tunesischem Arabisch unterrichtet, wobei der Löwenanteil auf Türkisch entfällt.

Wir sollten nicht unterschätzen, dass Herkunftssprache und Muttersprache nicht unbedingt dasselbe ist. Die Muttersprache ist die vorrangig in der Familie verwendete Sprache, während die Herkunftssprache die Staatssprache des Landes ist, aus dem die betreffende Familie zugewandert ist. In der Vergangenheit hatten wir das lange Zeit völlig übersehene Problem, dass

Herausgeber
SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

ein großer Teil der aus Jugoslawien kommenden Gastarbeiter ethnische Albaner waren, deren Muttersprache eben nicht das war, was man damals als Serbokroatisch bezeichnete, und das heute unter BKS oder unter BKSM läuft (Bosnisch-Kroatisch-Serbisch-Montenegrinisch). Dasselbe Problem haben wir heute mit vielen tausenden Familien, deren staatliche Herkunftssprache das Türkische, deren Muttersprache aber das Kurdische in einer seiner Varianten ist.

Die politische Eiszeit, die in Ankara von Präsident Erdoğan ausgelöst wurde, hat auch für den Ergänzungsunterricht Auswirkungen gehabt, der über die Konsulate der Türkei organisiert wird. Es gab Auseinandersetzungen um die mitunter etwas gewöhnungsbedürftigen Inhalte, die bei diesem Unterricht vermittelt wurden. Im Koalitionsvertrag waren Sie schon um ein gutes Stück weiter. Da war nicht von wolkigen Recherchen die Rede, sondern von staatlichen Angeboten, zunächst in Schwerpunktschulen, die das Modell des Konsulatsunterrichtes überwinden sollten. Da ist es ein Armutszeugnis, dass die Koalition ihre Regierung auffordern muss, von ihrem Hospitationsrecht im Konsulatsunterricht Gebrauch zu machen. Und es ist ein noch größeres Armutszeugnis, dass eine Bedarfsanalyse nicht regelmäßig stattfindet.

Immerhin entnehme ich dem Antrag der Koalition, dass auch sie den herkunftssprachlichen Unterricht nicht auf Dauer von ausländischen Lehrkräften erteilen lassen will, die über die Konsulate entsandt werden, sondern dass wir uns in dem Ziel einig sind, mittelfristig muttersprachlichen Unterricht durch Lehrkräfte erteilen zu lassen, die wie alle anderen auch im öffentlichen Dienst Deutschlands stehen, von Deutschland beziehungsweise Schleswig-Holstein bezahlt werden und nicht im Zwiespalt doppelter Loyalitäten stehen. Wie immer bei zusätzlichen Unterrichtsangeboten stellt sich die Frage, woher man diese Lehrkräfte nimmt. Insofern geht zumindest der dritte Absatz des Koalitionsantrages in die richtige Richtung, wenngleich er sehr im Ungefähren bleibt.

Wir haben deshalb einen Berichtsantrag formuliert und bitten um Zustimmung. Wenn die geforderten Daten vorliegen, sehe ich gute Chancen, interfraktionell zu einem gehaltvolleren Antrag zu kommen als dem heute von der Koalition vorgelegten.